

02.10.2026

Inhaltsverzeichnis

1. KONJUNKTUR

- **Verhaltener Aufschwung prognostiziert**
- **Grüner Strom dämpft Energiepreise**
- **Auftragsbestand klettert auf Allzeithoch**
- **Einzelhandelsumsätze gestiegen**
- **Importpreise steigen kräftig an**
- **Energie treibt Erzeugerpreise**
- **Teuerung für Verbraucher nimmt zu**
- **Arbeitsmarkt verharzt in der Flaute**
- **Deutsche Autoexporte sinken**

2. UNTERNEHMEN

- **Umsatzplus im Mittelstand**
- **Mittelstand trotz steigendem Preisdruck**
- **Zugewanderte dämpfen Fachkräftemangel**
- **Bürokratie bremst ausländische Fachkräfte**
- **Konsumklimaindex**

3. POLITIK

- **Bürokratie bremst deutsche Betriebe**
- **Tankrabatt lässt Spritpreise sinken**

1. KONJUNKTUR

Verhaltener Aufschwung prognostiziert¹

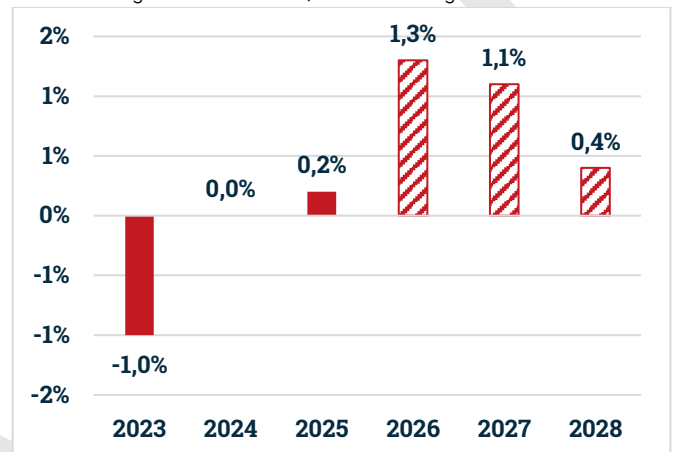
Die deutsche Wirtschaft erholt sich im Jahr 2026 überraschend dynamisch von ihrer mehrjährigen Schwächephase. Nach der aktuellen **Gemeinschaftsdiagnose der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute steigt das Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr voraussichtlich um 1,3 Prozent**. Vor allem die Erholung bei den Ausfuhren und eine stärkere Industrieproduktion kurbeln die Entwicklung im Land spürbar an.

Der Aufschwung bleibt jedoch wegen anhaltender Strukturprobleme und hoher Energiekosten vergleichsweise schwach. Die Wirtschaftsforscher erwarten für das Jahr 2026 eine durchschnittliche Inflationsrate von 2,8 Prozent, was den privaten Konsum der Haushalte dämpft. Zudem bremst das schrumpfende

Angebot an Arbeitskräften die Möglichkeiten für eine stärkere Ausweitung der Produktion im Land.

Bruttoinlandsprodukt

Veränderungsrate in Prozent; ab 2026 Prognose



Quelle: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose

Besorgnis äußern die Experten der Forschungsinstitute über die Entwicklung der öffentlichen Finanzen. **Das Finanzierungsdefizit des Staates steigt im Jahr 2026 auf 4,1 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung**. Die stark steigenden Ausgaben für Verteidigung und Infrastruktur bringen den Staatshaushalt in den kommenden Jahren zunehmend in Bedrängnis.

Grüner Strom dämpft Energiepreise²³

Die Erzeugung von Strom aus Wind und Sonne erreicht in Deutschland neue Höchstwerte. **KfW Research zufolge stieg der gleitende Durchschnitt im August auf den Rekordwert von 18,8 Terawattstunden pro Monat**. Dieser stetige Ausbau der grünen Kapazitäten stärkt die heimische Versorgung und schützt den Markt vor fossilen Preisschocks.

Diese steigende Einspeisung verändert auch die Preisbildung auf den europäischen Märkten, zeigt eine Studie der Europäischen Zentralbank. **Der wachsende Anteil erneuerbarer Energien entkoppelte die Strompreise im Jahr 2026 weitgehend von den Ausschlägen beim Erdgas**. In der Vergangenheit stiegen mit den Gaspreisen auch die Strompreise, wenn teures Erdgas verstromt

¹ Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (24.09.2026): [Gemeinschaftsdiagnose #2-2026](#).

² KfW Research (24.09.2026): [Wind und Sonne liefern so viel Strom wie nie zuvor](#).

³ ECB (2026): [The uneven journey of wholesale gas and electricity prices to consumer bills](#).

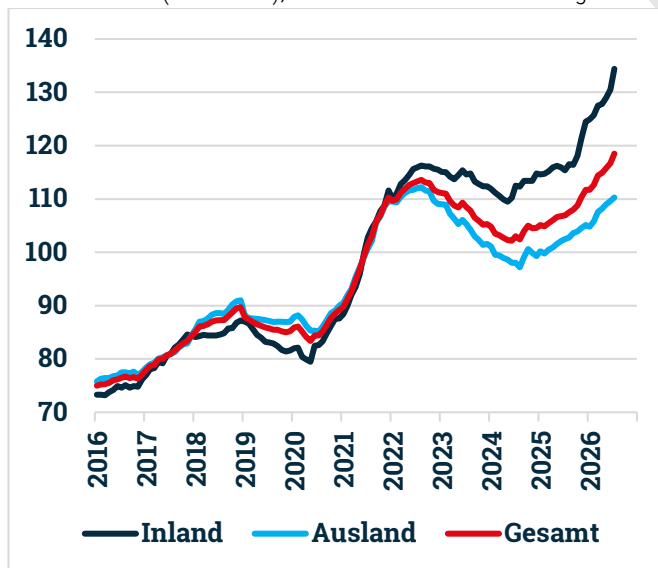
wurde und im Merit-Order-System das gesamte Preisniveau in die Höhe trieb.

Während sich flexible Gastarife schneller an den Großhandel anpassen, bleiben die Stromrechnungen der Haushalte besser geschützt. Die gegenseitige Ergänzung von Wind und Sonne verringert Versorgungslücken und stabilisiert das System langfristig. **Nach den Daten von KfW Research lieferten beide Quellen in den Jahren 2023 bis 2025 an durchschnittlich nur 15 Tagen im Jahr gleichzeitig wenig Strom.** Moderne Batterien verlagern diese grüne Energie zudem mühelos in verbrauchsintensive Stunden.

Auftragsbestand klettert auf Allzeithoch⁴

Die Polster für künftige Arbeiten in den deutschen Fabriken wuchsen im Sommer erneut an. Dem Statistischen Bundesamt zufolge kletterte der reale Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe im Juli gegenüber dem Vormonat um 1,5 Prozent. Damit erreichte das Polster der noch nicht abgearbeiteten Bestellungen abermals ein neues Allzeithoch. Dieser Zuwachs sichert den Betrieben eine solide Auslastung für die kommenden Monate.

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe
 Volumenindex (2021=100), saison- und kalenderbereinigt



Quelle: Destatis

Verantwortlich für diesen historischen Höchststand war vor allem die Entwicklung im sonstigen Fahrzeugbau. In dieser Sparte für Flugzeuge, Schiffe und Militärfahrzeuge stieg der Bestand um 3,9 Prozent im Vergleich zum Juni. Ohne den Einfluss dieser Großprojekte lag das Volumen der Industrie hingegen deutlich unter früheren Rekordmarken. Gleichzeitig verzeichnete die

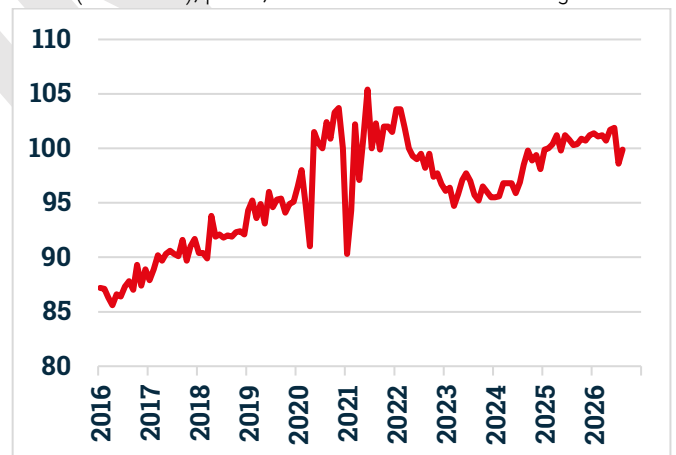
heimische Automobilindustrie einen spürbaren Rückgang ihrer verbliebenen Bestellungen.

Wegen der gefüllten Orderbücher verlängert sich auch die rechnerische Abarbeitungszeit für die Unternehmen. **Die ermittelte Reichweite aller offenen Aufträge im Juli einen Rekordwert von 9 Monaten.** Vor allem die Hersteller von Investitionsgütern verfügen über besonders dicke Auftragsbücher für die Zukunft. Diese langfristige Auslastung verleiht den Betrieben in einem unsicheren Umfeld wertvolle Stabilität.

Einzelhandelsumsätze gestiegen⁵

Die Geschäfte im deutschen Einzelhandel verzeichneten zum Ende des Sommers wieder bessere Umsätze. **Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes stiegen die Einnahmen der Betriebe im August gegenüber dem Julimonat real um 1,3 Prozent an.** Dieser Zuwachs gleicht die deutlichen Einbußen der Händler aus dem Vormonat zumindest teilweise wieder aus. Damit erholt sich die Kauflust der Bürger nach der Schwächephase im Hochsommer vorerst leicht.

Einzelhandelsumsatz
 Index (2021=100), preis-, kalender- und saisonbereinigt



Quelle: Destatis

Besonders kräftige Impulse kamen im August aus dem digitalen Geschäft mit den Verbrauchern. **Der Internet- und Versandhandel verbuchte im Vergleich zum Vormonat ein preisbereinigtes Plus von 3,7 Prozent.** Auch der stationäre Verkauf von Bekleidung und anderen Nicht-Lebensmitteln legte im späten Sommer wieder zu. Die Kunden nutzten die ruhigen Wochen vor dem Herbstbeginn verstärkt für Anschaffungen außerhalb des täglichen Bedarfs.

Beim Einkauf von Nahrungsmitteln zeigte sich die Nachfrage der privaten Haushalte ebenfalls leicht verbessert. **Für den Supermarkthandel ermittelte die Behörde für den Monat August ein**

⁴ Destatis (17.09.2026): [Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe \(2026-07\)](#).

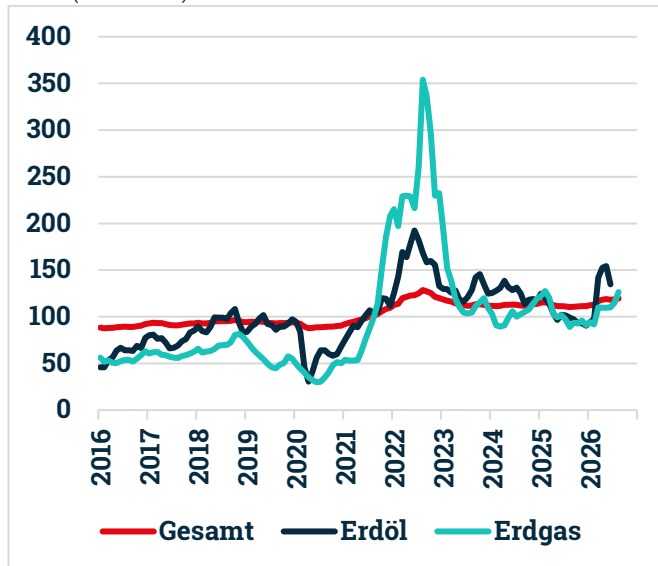
⁵ Destatis (30.09.2026): [Einzelhandelsumsätze \(2026-08\)](#).

reales Umsatzplus von 0,9 Prozent gegenüber dem Vormonat. Im Vergleich zum Vorjahresmonat August 2025 verharrte das Gesamtergebnis der gesamten Branche hingegen auf nahezu unverändertem Niveau.

Importpreise steigen kräftig an⁶

Die Einfuhrpreise in Deutschland zogen im Spätsommer so kräftig an wie seit langer Zeit nicht mehr. Dem Statistischen Bundesamt zufolge lagen die Importpreise im August um 8,3 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Dies stellt den stärksten Preisanstieg für eingeführte Waren seit dem Spätjahr 2022 dar. Im Vergleich zum Vormonat Juli stiegen die Preise für die Importe ebenfalls leicht an.

Einfuhrpreise
 Index (2021=100)



Quelle: Destatis

Treibende Kraft hinter diesem kräftigen Entwicklungsschub waren erneut die massiven Verwerfungen auf den internationalen Märkten für fossile Brennstoffe. Vor allem die kriegesischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten trieben die Kosten für die Beschaffung von Energie drastisch in die Höhe. Der stärkste Preissprung wurde beim importierten elektrischen Strom mit einem Plus von 63,9 Prozent verzeichnet. Auch für Mineralölzeugnisse, Erdgas und Erdöl mussten die heimischen Abnehmer deutlich tiefer in die Tasche greifen.

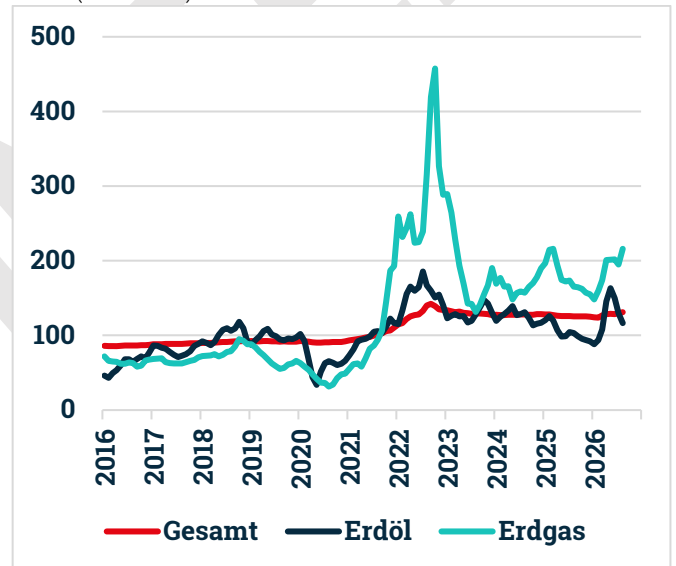
Während Energie und viele industrielle Rohstoffe den Einkauf im Ausland verteuerten, entwickelten sich andere Bereiche erfreulicher. So verbilligten sich eingeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse und Konsumgüter im Vergleich zum Vorjahresmonat spürbar. Für aus dem Ausland bezogene Nahrungsmittel sanken die

Preise im August im Schnitt um 7,4 Prozent. Vor allem Kakao, Kaffee und Schweinefleisch wurden an den Märkten deutlich preiswerter gehandelt.

Energie treibt Erzeugerpreise⁷

Die gewerblichen Erzeugerpreise in Deutschland lagen im August deutlich über dem Niveau des Vorjahresmonats. Das Statistische Bundesamt vermeldet einen Anstieg der Abgabepreise der Betriebe um 4,6 Prozent im Vergleich zum August 2025. Auch gegenüber dem Vormonat Juli verzeichnete die Wiesbadener Behörde einen Zuwachs bei den Kosten der Erzeuger. Diese Entwicklung verdeutlicht den anhaltenden Preisdruck auf den frühen Stufen der heimischen Produktion.

Erzeugerpreisindex
 Index (2021=100)



Quelle: Destatis

Als treibende Kraft hinter diesem spürbaren Preisanstieg erwiesen sich erneut die Entwicklungen auf den Energiemärkten. Das Gesamtplus ist vor allem auf Energie zurückzuführen, die im August um 8,3 Prozent teurer war als im Vorjahr. Insbesondere die kriegesischen Konflikte im Nahen Osten trieben die Notierungen für Mineralölzeugnisse drastisch in die Höhe. Auch Vorleistungsgüter wie Metalle und chemische Grundstoffe verteuerten die Produktion für die heimischen Betriebe.

Eine entlastende Wirkung auf das Gesamtergebnis ging hingegen von der Herstellung von Verbrauchsgütern aus. Für die im Inland erzeugten Nahrungsmittel wurde im August ein Preisminus von 4,3 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat ermittelt. Vor allem Grundnahrungsmittel wie Butter und Fleisch wurden für die Weiterverarbeitung spürbar preiswerter angeboten. Diese

⁶ Destatis (30.09.2026): [Importpreise \(2026-08\)](#).

⁷ Destatis (18.09.2026): [Erzeugerpreise \(2026-08\)](#).

Preisnachlässe bei den Nahrungsmitteln dämpften die Lasten bei den Konsumgütern ab.

Teuerung für Verbraucher nimmt zu⁸

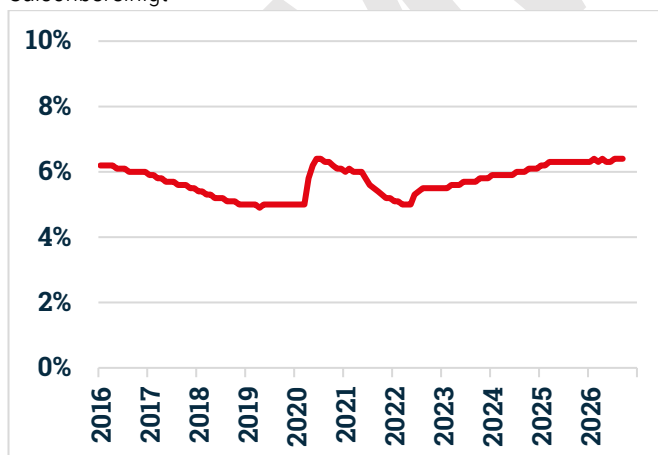
Die Teuerung in Deutschland zieht zum Beginn des Herbstes wieder spürbar an. Das Statistische Bundesamt ermittelt für die Inflationsrate im September vorläufig einen Wert von 3,3 Prozent. Gegenüber dem Vormonat August steigen die Preise für die Verbraucher im Land erneut leicht an. Damit setzt sich der Trend zu höheren Lebenshaltungskosten in der Bundesrepublik weiter fort.

Als wesentlicher Treiber dieser Entwicklung erweist sich die erneute Verteuerung der Haushaltsenergie und Kraftstoffe. Nach den vorläufigen Berechnungen kostet Energie im September 14,9 Prozent mehr als im Vorjahresmonat. Dagegen verharrt die Kerninflation ohne Nahrungsmittel und Energie auf einem vergleichsweise moderaten Niveau. Die Preisentwicklung bei den Dienstleistungen schwächt den Druck auf die Haushalte hingegen leicht ab.

Arbeitsmarkt verharrt in der Flaute⁹

Die Herbstbelebung auf dem deutschen Arbeitsmarkt beginnt im Spätsommer ohne Schwung. Nach dem aktuellen Bericht der Bundesagentur für Arbeit zeigt sich auf dem Stellenmarkt bisher keine durchgreifende Erholung. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote verharrt im September somit auf dem Niveau von 6,4 Prozent. Anhaltende wirtschaftliche Unsicherheiten dämpfen weiterhin die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen.

Arbeitslosenquote
Saisonbereinigt



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die verhaltene Entwicklung hinterlässt deutliche Spuren bei den Erwerbslosen im Land. Im September registrierten die Behörden bundesweit insgesamt etwa 3 Millionen Arbeitslose. Obwohl die Zahl der Betroffenen mit dem Herbstanfang saisonüblich sank, fiel dieser Rückgang schwächer aus als in früheren Jahren. Gleichzeitig liegen die Chancen für arbeitslose Menschen auf einen zügigen Wiedereinstieg in den Beruf auf einem historisch niedrigen Niveau.

Auch bei den regulären Arbeitsplätzen setzt sich der rückläufige Trend der vergangenen Monate fort. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sank im Juli auf den Stand von 34,68 Millionen Personen. Während das Verarbeitende Gewerbe und der Handel Stellen abbauten, entstanden neue Arbeitsplätze vorrangig im Gesundheitswesen und im sozialen Bereich. Das Risiko eines Jobverlustes bleibt für die Beschäftigten im langjährigen Vergleich dennoch relativ klein.

Die Betriebe halten sich bei der Suche nach neuem Personal weiterhin merklich zurück. Bei den Arbeitsagenturen waren im September insgesamt 660.000 offene Stellen gemeldet. Neben der verhaltenen Nachfrage erschweren ausgeprägte Qualifikationsprobleme die Besetzung vakanter Positionen. Vor allem in den Pflegeberufen und im Handwerk suchen die Betriebe weiterhin händeringend nach passenden Arbeitskräften.

Um Arbeitslose gezielt zu unterstützen, setzt der Staat auf Instrumente der aktiven Arbeitsförderung. Im September nahmen bundesweit 722.000 Personen an einer geförderten Bildungs- oder Eingliederungsmaßnahme teil. Dieser verstärkte Einsatz sichert Qualifizierungen und unterstützt den schrittweisen Wiedereinstieg in das Erwerbsleben. Eine schnelle Kehrtwende hin zu einem kräftigen Beschäftigungsaufbau zeichnet sich für die kommenden Monate dennoch nicht ab.

Deutsche Autoexporte sinken¹⁰¹¹

Die deutsche Automobilindustrie blickt auf verhaltene Monate im internationalen Geschäft zurück. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sanken die Exporte von neuen Autos von Januar bis Juli um 4,0 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Eine schwächere Nachfrage bremste den Ausstoß der heimischen Werke spürbar ab. Auf dem heimischen Markt setzt sich der Trend zu nachhaltigen Modellen trotz konjunktureller Hürden fort. Für das Jahr 2025 beträgt der deutsche Anteil an allen EU-weiten E-Auto-Neuzulassungen etwa 29 Prozent.

Nach den Daten der europäischen Behörden erreichten reine Elektroautos im Jahr 2025 einen Rekordanteil von 17,3 Prozent an sämtlichen Neuzulassungen. Vor allem nordeuropäische Staaten wie Dänemark treiben diesen Prozess mit hohen Quoten

⁸ Destatis (30.09.2026): [Verbraucherpreise \(2026-09\)](#).

⁹ Bundesagentur für Arbeit (30.09.2026): [Monatsbericht \(2026-09\)](#).

¹⁰ Destatis (22.09.2026): [Pkw-Neuzulassungen in der EU \(2025\)](#).

¹¹ Destatis (21.09.2026): [Pkw-Exporte \(2026\)](#).

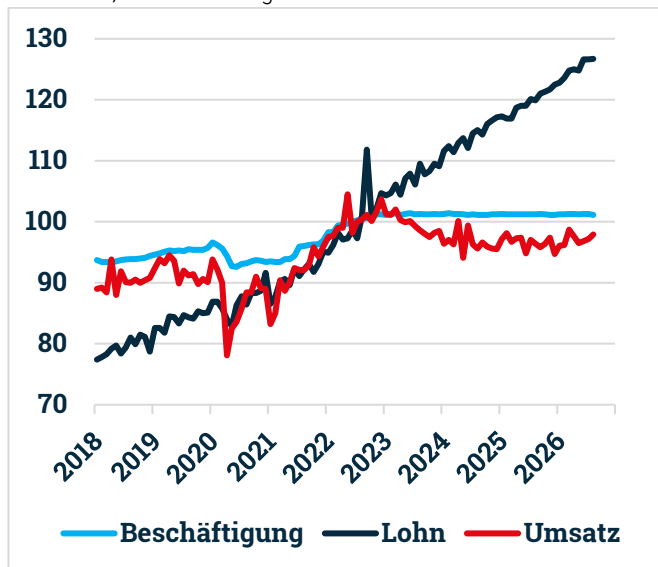
voran. Der europäische Markt verändert somit schrittweise seine Struktur zugunsten der Elektromobilität.

2. UNTERNEHMEN

Umsatzplus im Mittelstand¹²

Der Mittelstand in Deutschland verzeichnet nach einer schwächeren Phase wieder steigende Umsätze. **Nach den aktuellen Daten des DATEV Mittelstandsindex** legen die Einnahmen der Betriebe im August im Vergleich zum Vorjahr um 1,6 Prozent zu. Vor allem das Gastgewerbe erweist sich in den Sommermonaten als kräftiger Motor für diese Entwicklung. Die höhere Nachfrage der Kunden stabilisiert die Geschäftslage der kleineren Firmen spürbar.

DATEV Mittelstandsindex
 2022=100, saisonbereinigt



Quelle: DATEV

Gleichzeitig belasten steigende Personalaufwendungen weiterhin das Ergebnis der Unternehmen. **Die Auswertung weist bei den Löhnen im Vorjahresvergleich ein deutliches Plus von 5,6 Prozent aus.** Dieser kontinuierliche Anstieg erhöht den Kostendruck auf die Betriebe. Vor allem mittlere Firmen tragen durch die höheren Entgelte schwere Lasten.

Auf dem Stellenmarkt führt der höhere Umsatz bisher zu keiner spürbaren Erholung. **Die Zahl der Beschäftigten im Mittelstand verharrt mit einem Minus von 0,1 Prozent nahezu auf dem Vorjahresniveau.** Während die sonstigen Dienstleistungen neue Arbeitsplätze schaffen, baut das Verarbeitende Gewerbe Stellen

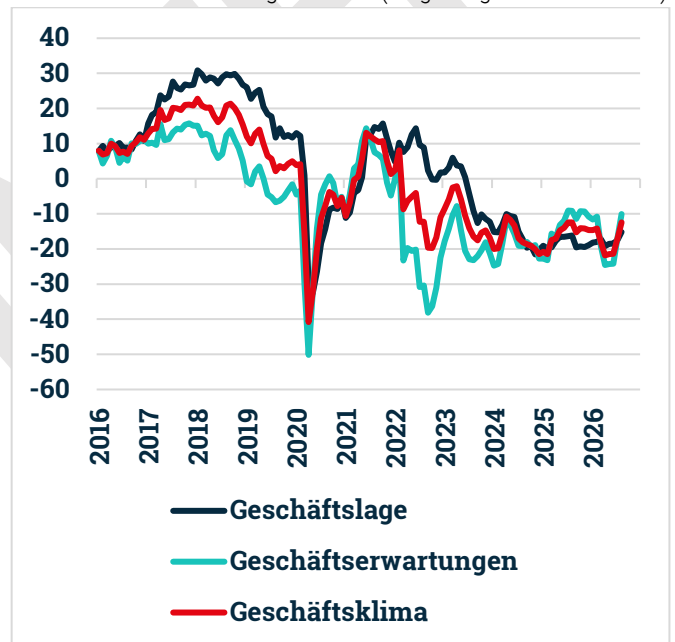
ab. Die Firmen zögern wegen der verbleibenden Unsicherheiten weiterhin bei der Einstellung neuer Mitarbeiter.

Mittelstand trotz steigendem Preisdruck¹³

Die Stimmung im deutschen Mittelstand hellt sich zum Ende des Sommers weiter auf. **Nach aktuellen Auswertungen von KfW Research** stieg das Geschäftsklima kleinerer Betriebe im September spürbar um 4,3 Zähler. Sowohl die Beurteilung der aktuellen Lage als auch die Erwartungen an das kommende Halbjahr entwickelten sich dabei positiv. Dieser kontinuierliche Aufwärtstrend sichert den Weg der kleineren Firmen aus der wirtschaftlichen Stagnation.

KfW-ifo-Mittelstandsbarometer

Mittel- und saisonbereinigte Salden (langfristiger Mittelwert = 0)



Quelle: KfW Research

Im Gegensatz zum Mittelstand erlitten die Großkonzerne im selben Zeitraum einen Dämpfer. Das Geschäftsklima der Großunternehmen sank im September um 1,1 Zähler. **Vor allem bei den Erwartungen für das künftige Auslandsgeschäft fielen die großen Industrieunternehmen deutlich hinter die kleineren Betriebe zurück.** Während der Mittelstand im Export wieder Zuversicht fasst, korrigierten die Konzerne ihre Erwartungen nach unten.

Die Exportaussichten für die gesamte deutsche Wirtschaft verzeichneten vorübergehend einen leichten Dämpfer. Nach Erhebungen des ifo Instituts sanken die Exporterwartungen der Industrie im September auf den Stand von 8,0 Punkten. **Hauptursache für dieses Eintrüben war ein deutlicher Verlust an**

¹² DATEV (22.09.2026): [Mittelstandsindex \(2026-09\)](#).

¹³ KfW Research (29.09.2026): [KfW-ifo-Mittelstandsbarometer \(2026-09\)](#).

Optimismus innerhalb der heimischen Automobilbranche. Im Maschinenbau und in der Elektrotechnik rechnen die Unternehmen hingegen weiterhin mit steigenden Ausfuhren ins Ausland.

Auf dem heimischen Arbeitsmarkt deutet sich eine verhaltene Stabilisierung der Lage an. Das Beschäftigungsbarometer stieg im September leicht auf den Wert von 95,1 Punkten. **Trotz dieses leichten Zuwachses planen viele Betriebe in der Industrie und im Handel weiterhin mit kleineren Belegschaften.** Neue Arbeitsplätze entstehen vorrangig bei Dienstleistern wie Ingenieurbüros und Steuerberatungen.

Anhaltende Sorgen bereitet den Unternehmen der spürbar gestiegene Preisdruck bei der Energie. **Das ifo Institut meldet für September einen Anstieg der Preiserwartungen auf 22,7 Punkte.** Immer mehr Betriebe wälzen die höheren Einkaufskosten für Sprit, Heizöl und Strom direkt auf ihre Kunden über. Wegen dieser flächendeckenden Verteuerungen rechnen die Wirtschaftsforscher mit einem anhaltenden Anstieg der allgemeinen Teuerungsrate.

Zugewanderte dämpfen Fachkräftemangel¹⁴

Menschen mit Einwanderungsgeschichte sichern in Deutschland zunehmend die Versorgung in Berufen mit akutem Personalmangel. **Das Statistische Bundesamt belegt für das Jahr 2025 eine besonders hohe Vertretung dieser Beschäftigten in vielen Engpassberufen.** Den höchsten Anteil verzeichnen die Betriebe in der Gastronomie unter den Köchinnen und Köchen mit 56 Prozent. Auch in der Lebensmittelherstellung und im Baugewerbe tragen Eingewanderte die tägliche Arbeit zu einem großen Teil.

Auch das Gesundheitswesen und der öffentliche Verkehr stützen sich stark auf die Erwerbstätigkeit von Zugewanderten. **In den Pflegeberufen liegt der Anteil der Beschäftigten mit ausländischen Wurzeln im Jahr 2025 bei 33 Prozent.** Ähnlich hohe Werte erreichen die Quoten beim Fahrpersonal von Bussen und Straßenbahnen sowie im Güterverkehr. Dagegen bleiben Menschen mit Zuwanderungsgeschichte im Polizeidienst und im Schuldienst bisher deutlich unterrepräsentiert.

Die Geschwindigkeit der Arbeitsmarktintegration hängt entscheidend von der Herkunftsregion und der Aufenthaltsdauer ab. Eingewanderte aus den Staaten der Europäischen Union finden wegen der Freizügigkeit besonders rasch eine Anstellung. **Bei den Männern aus dieser Region liegt die Erwerbstätigenquote bereits nach kurzer Verweildauer im Jahr 2025 bei 89 Prozent.** Menschen aus Drittstaaten benötigen hingegen oft mehr Zeit für die rechtliche und berufliche Anerkennung ihrer Qualifikationen.

Bürokratie bremst ausländische Fachkräfte¹⁵

Der schleichende Rückgang der Erwerbsbevölkerung verschärft den Personalmangel im deutschen Gewerbe zusehends. Nach einer aktuellen Sonderbefragung von KfW Research schöpfen die kleineren Betriebe das Potenzial internationaler Arbeitskräfte bisher jedoch nur spärlich aus. **Bundesweit beschäftigen aktuell nur 11,5 Prozent der kleinen und mittleren Unternehmen qualifiziertes Personal aus dem Ausland.** Vor allem Unklarheiten beim Bedarf und Unsicherheiten über den Aufwand halten viele Firmen von einer Rekrutierung jenseits der Grenzen ab.

Bei der Einbindung ausländischer Experten zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Betriebsgrößen. Während Kleinstbetriebe das Thema häufig ignorieren, verfügen größere Einheiten über die nötigen Kapazitäten für die weltweite Suche. **An der Spitze steht das Verarbeitende Gewerbe, in dem bereits 21 Prozent der Firmen Fachkräfte aus dem Ausland einsetzen.** Standardisierte Abläufe in den Werkshallen erleichtern dort den Einstieg auch ohne perfekte Sprachkenntnisse.

Auf dem Weg zu einer erfolgreichen Anstellung stehen die Betriebe im Alltag vor spürbaren Hindernissen. **Als größte Hürde nennen 69,1 Prozent der betroffenen Betriebe anhaltende Sprachbarrieren bei der täglichen Arbeit.** Zudem verzögern langwierige behördliche Verfahren und komplizierte Regeln zur Anerkennung der Abschlüsse die Einstellungen häufig massiv. Gezielte Hilfen bei den Visa sowie Sprachkurse am Arbeitsplatz könnten dem Mittelstand diese wertvollen Reserven rasch erschließen.

Konsumklima bricht ein¹⁶

Die Stimmung der Verbraucher in Deutschland erleidet zum Beginn des Herbstes einen unerwartet kräftigen Dämpfer. Nach aktuellen Erhebungen des Nürnberg Instituts für Marktentscheidungen (NIM) sinkt der Barometerwert für den privaten Konsum im Oktober auf minus 30,6 Punkte. **Vor allem die erneute Sorge vor steigenden Wohn- und Heizkosten belastet das Vertrauen der Bürger nachhaltig.** Die heimischen Haushalte blicken daher mit wachsender Skepsis auf ihre finanzielle Entwicklung in den kommenden Monaten.

Verantwortlich für den spürbaren Einbruch ist vor allem der dramatische Absturz der persönlichen Einkommenserwartungen. Der entsprechende Teilindikator verliert massiv an Boden und rutscht auf den tiefsten Stand seit dem Frühjahr. **Viele Familien befürchten einen spürbaren Kaufkraftverlust durch den erneuten Anstieg der Preise an den Tankstellen und Energiemärkten.**

¹⁴ Destatis (28.09.2026): [Beschäftigte mit Einwanderungsgeschichte](#).

¹⁵ KfW Research (23.09.2026): [Jeder zehnte Mittelständler beschäftigt ausländische Fachkräfte](#).

¹⁶ NIM (25.09.2026): [Konsumklimaindex \(2026-09\)](#).

GfK Konsumklimaindex



Quelle: Nürnberger Institut für Marktentscheidungen (NIM)

Neben den düsteren Einkommensaussichten bremst eine spürbar steigende Neigung zum Zurücklegen von Geld die Kauflust im Land. Die Sparneigung stieg im September auf einen Höchstwert von 21,5 Punkten. Ein ähnlich hohes Niveau beim Sparen ermittelten die Marktforscher zuletzt während der weltweiten Finanzkrise 2008. Besonders vermögende Haushalte versuchen nun verstärkt, ihre Ersparnisse vor den schleichenden Verlusten der Inflation zu schützen.

3. POLITIK

Bürokratie bremst deutsche Betriebe¹⁷

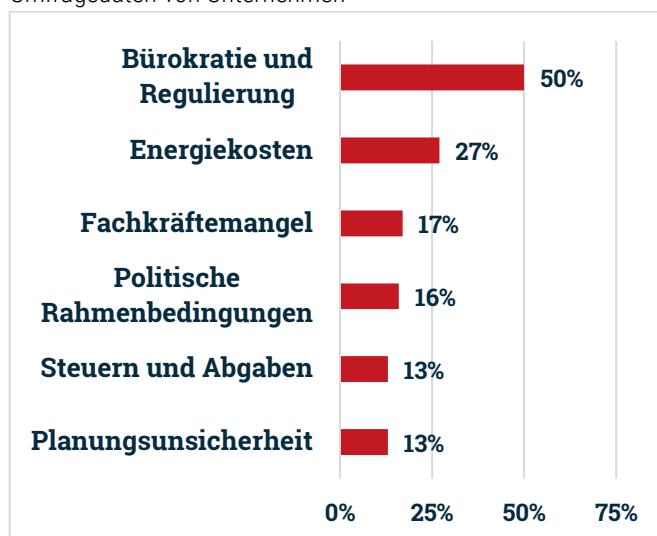
Die Regulierung belastet die Betriebe in Deutschland nach Einschätzung der betroffenen Wirtschaft massiv. Nach einer Befragung des ifo Instituts im Juli nennen 50 Prozent der heimischen Unternehmen die Bürokratie als größtes Standortproblem. Der hohe bürokratische Aufwand bindet wertvolles Personal in den Werkhallen und verhindert nötige Investitionen. Viele rentable Vorhaben scheitern schon im Vorfeld an teuren Genehmigungsverfahren und aufwendigen Dokumentationspflichten.

Besonders stark betroffen von den vielfältigen Regelwerken sind wachsende und etablierte Betriebe. Bei den Großunternehmen klettert der Anteil der Leidtragenden in der Erhebung des ifo Instituts auf den Höchstwert von 59 Prozent. Wer eigene Anlagen betreibt, Personal führt und Waren exportiert, gerät gleichzeitig in das Visier von Arbeitsrecht, Datenschutz und umfangreichen Berichtspflichten. Dagegen bleiben kleinere Selbstständige von vielen dieser behördlichen Vorgaben im Arbeitsalltag vorerst noch weitgehend verschont.

¹⁷ ifo Institut (21.09.2026): [ifo Konjunkturumfrage \(2026-07\)](#).

Größte Probleme des Wirtschaftsstandorts

Umfragedaten von Unternehmen



Quelle: ifo Institut

BVMW-Position

Die Ergebnisse der Befragung verdeutlichen eindringlich, wie entscheidend ein konsequenter Bürokratieabbau für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts ist. Wenn bereits die Hälfte aller Unternehmen überbordende Regulierung als größtes Standortproblem benennt, noch vor Energiekosten und Fachkräftemangel, unterstreicht dies den akuten Handlungsdruck. Ein wirksamer Abbau bürokratischer Hürden wirkt wie ein Konjunkturprogramm: Er setzt gebundene Personalressourcen frei, senkt Kosten und schafft die nötige Planungssicherheit, um gehemmte Investitionen wieder anzukurbeln. Für die Betriebe ist weniger Bürokratie daher die Grundvoraussetzung, um wieder wettbewerbsfähig und innovativ wirtschaften zu können.

Tankrabatt lässt Spritpreise sinken¹⁸

Die Bundesregierung hat als Entlastungsmaßnahme für ab dem 1. Oktober die Energiesteuer auf Kraftstoffe für drei Monate abgesenkt. Auf den Anzeigetafeln der Zapfsäulen machte sich die reduzierte Abgabe auf Treibstoffe sofort bemerkbar. Durch die gesenkte Abgabenlast sparen die Verbraucher beim Einkauf rechnerisch bis zu 16,7 Cent je Liter.

Der ADAC verzeichnete am ersten Morgen der Steuererleichterung einen Preistrückgang an den Zapfsäulen im gesamten Bundesgebiet. Bei der Sorte Diesel verbilligte sich der Kraftstoff im Vergleich zum Vortag im bundesweiten Schnitt um 15,2 Cent. Damit reichten die Mineralölkonzerne den überwiegenden Teil der staatlichen Hilfe umgehend an die Verbraucher weiter.

¹⁸ WELT (01.10.2026): [Tankrabatt startet – um Mitternacht sackten die Preise rapide ab](#).

Dennoch zeigten sich zwischen den einzelnen Städten und Regionen zum Auftakt noch Unterschiede bei der Höhe der Preissenkung.

BVMW-Position

In der Vergangenheit wurde der Tankrabatt von den Mineralölkonzernen nahezu vollständig weitergegeben¹⁹. **Aus Perspektive des Mittelstands bringt der Steuernachlass damit vor allem für mittelständische Spediteure eine unmittelbare Senkung der hohen Treibstoffkosten.** In einer Studie der RWTH Aachen wurde festgestellt, dass der letzte Tankrabatt im 1. Halbjahr 2026 ein rechnerisches Plus bei den verfügbaren Einkommen von 0,8 Prozent verursacht hat. Kleine Einkommen profitierten im Vergleich zu hohen Einkommen in besonderer Weise²⁰. Die Ersparnis beim Tanken sichert damit das Budget der Familien für Konsumausgaben im Alltag. **Von der stabilisierten Kaufkraft der Bevölkerung profitiert schließlich der heimische Einzelhandel durch verlässliche Umsätze.** Dennoch ist der Tankrabatt keine nachhaltige Maßnahme zur Senkung der Mineralölpreise. Sinnvoller wäre es, die CO₂-Abgabe (Benzin: ca. 15,7 bis 18,6 Cent pro Liter; Diesel: ca. 17,3 bis 20,5 Cent pro Liter) auszusetzen.

Für eine zielgenaue Entlastung von Konsumenten käme der bereits vor vier Jahren angestoßenen Direktauszahlungsmechanismus in Frage. Er ist ein von der Bundesregierung geschaffener, digitaler Auszahlungsweg, um staatliche Gelder schnell, direkt und ohne Bürokratie an die auf das Bankkonto der Bürger zu überweisen. **Da der Mechanismus mangels Kontodaten noch nicht flächendeckend einsatzbereit ist, hat sich die Bundesregierung bei den aktuellen Entlastungen gegen Direktzahlungen und stattdessen erneut für den temporären Tankrabatt entschieden.**

Berlin, 02.10.2026

Gez.:

Jasper Lücke jasper.lueke@bvmw.de

Dr. Hans-Jürgen Völz hans-juergen.voelz@bvmw.de

¹⁹ ifo Institut (08.06.2026): [Kommt der Tankrabatt an den Zapfsäulen an?](#)

²⁰ RWTH Aachen (07.03.2026): [Auswirkungen des Tankrabatts zur Entlastung von privaten Haushalten.](#)